

NACHRICHTEN

Anleger hoffen auf China-konforme Chips

Die Aktien des Chipdesigners Nvidia stiegen gestern vor Redaktionsschluss im vorbörslichen US-Geschäft um 1,3 Prozent. Laut Konzernchef Jensen Huang arbeitet der Konzern eng mit der US-Regierung zusammen, um neue Chips für den chinesischen Markt zu entwickeln. Diese sollen mit den von der USA auferlegten Exportbeschränkungen vereinbar sein. Das Unternehmen, das Chips für künstliche Intelligenz (KI) entwickelt, hat einen Anteil von mehr als 90 Prozent an Chinas sieben Milliarden Dollar schwerem Markt für KI-Chips.

Keine Hinweise auf Zwangsarbeit bei VW

Eine Untersuchung hat ergeben, dass es in einem Werk des Autobauers VW in China keine Hinweise auf Zwangsarbeit oder andere Verstöße gegen Menschenrechte gibt. Der im Juli 2022 aufgekommene Verdacht und die MSCI-Warnung bezüglich des ESG-Ratings der Wolfsburger habe schwer auf den Aktien gelastet, urteilten die Analysten von Citi. Nun könnten abgesprungene Investoren ihre Positionen zumindest teilweise zurückkaufen. Die Aktie setzte sich mit einem Plus von 3,1 Prozent an die Dax-Spitze.

ProSiebenSat.1 steigt auch aus MDax aus

Knapp sechs Jahre nach dem Abschied aus dem Leitindex Dax muss ProSiebenSat.1 nach seinem Kurssturz auch den Nebenwertindex MDax verlassen. Der bayerische Fernsehkonzern ist eines von drei Unternehmen, die am 18. Dezember in den Kleinwertindex SDax absteigen, teilte die Deutsche-Börse-Tochter Qontigo am Dienstagabend mit. Der Anlagenbauer Dürr und der Metall-Recycler Befesa sind die beiden anderen. Sie werden durch den Gewerbeimmobilien-Investor Aroundtown, den Chip-Zulieferer Siltronic und Kronos ersetzt.

Hinweis: Die Besprechung von Wertpapieren und Investments auf dieser Seite ersetzt keine professionelle Beratung und ist nicht als Kaufempfehlung zu betrachten. „Die Presse“ übernimmt keine Haftung für die künftige Kursentwicklung.

Akquisition. Der Kauf des Dienstleisters ESG wird teils über eine Zehn-Prozent-Kapitalerhöhung finanziert.

Rüstungskonzern Hensoldt kauft zu

München. Der Rüstungszulieferer Hensoldt zahlt mindestens 675 Millionen Euro für die Übernahme des Münchner IT- und Sicherheitstechnik-Dienstleisters ESG. Der Spezialist für Radare und Sensoren erwirbt die ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH vom Finanzinvestor Armira Partners, wie Hensoldt mitteilte. Zum Kaufpreis könnten noch 55 Millionen Euro hinzukommen, je nachdem wie sich ESG 2024 entwickelt. Finanzieren will Hensoldt die Übernahme mit bis zu 450 Millionen Euro neuen Schulden und einer Kapitalerhöhung um bis zu zehn Prozent. Diese könnte bis zu 230 Millionen Euro einbringen.

Der deutsche Staat wolle über die Staatsbank KfW ein Viertel der neuen Aktien zeichnen, um seine Beteiligung von 25,1 Prozent nicht verwässern zu lassen. Der zweite Großaktionär, die italienische Rüstungsfirma Leonardo, wolle dagegen nicht mitziehen, „jedenfalls vorerst“, sagte Vorstandschef Thomas Müller am Mittwoch vor Analysten. „Fragen sie sie selbst, warum sie nicht in

uns investieren.“ Damit würden die Italiener ihre Sperrminorität verlieren. Leonardo stehe aber voll hinter den Übernahmeplänen, betonte Müller.

Hensoldt hatte die Pläne bereits im November offengelegt, aber keinen Kaufpreis genannt. Die Kapitalerhöhung solle „eher früher als später“ über die Bühne gehen, sagte Finanzvorstand Christian Ladurner. Mit dem Abschluss der ESG-Übernahme sei im zweiten Quartal 2024 zu rechnen. Die im MDax notierten Hensoldt-Aktien gaben 1,2 Prozent auf 23,82 Euro nach.

„Die Übernahme der ESG passt hervorragend in unsere Gesamtstrategie und beschleunigt die Entwicklung von Hensoldt als Lösungsanbieter für Verteidigung und Sicherheit“, sagte Müller. ESG beschäftigt 1380 Mitarbeiter und erwartet für das laufende Jahr einen Umsatz von rund 330 (2022: 285) Millionen Euro, bei zweistelligen Wachstumsraten in den nächsten Jahren. Mit einer operative Umsatzrendite (Ebitda-Marge) von 14 Prozent ist ESG hochprofitabel. (Reuters)

Gesundheitssektor. Der Konzern will so die Schulden senken. Auch Manager erhalten keine Boni.

Fresenius streicht Dividende nach Staatshilfen

Bad Homburg. Aktionäre des deutschen Gesundheitskonzerns Fresenius gehen bei der Dividende für das laufende Jahr leer aus. Der Vorstand habe entschieden, staatliche Energiehilfen für seine Kliniktochter Helios von bis zu 300 Mio. Euro einzubehalten und nicht zurückzuzahlen, teilte das Unternehmen, zu dem auch der österreichische Krankenhausbetreiber und Gesundheitsdienstleister Vamed gehört, am Dienstagabend mit.

Damit dürfen keine Dividenden an die Aktionäre fließen und auch keine Boni an Manager. Der Aufsichtsrat sollte noch am Mittwoch zustimmen.

Fresenius hatte bis Ende September bereits knapp 160 Millionen Euro aus dem „Entlastungspaket Energiehilfen“ von der deutschen Regierung bekom-

men. Damit sollte der Anstieg der Energiepreise im Zuge des Ukraine-Kriegs abgedeckt werden. Mit der Annahme des Gelds wurde ein gesetzlicher Schwellenwert überschritten, womit für heuer keine Boni an Manager und Dividenden an Aktionäre gezahlt werden dürfen.

Fresenius will den Verzicht auf die Gewinnausschüttung nutzen, um die hohe Verschuldung zu senken, die der Konzern nach einer Serie von Übernahmen angehäuft hat und die mit dem Zinsanstieg drückt.

Indes wurde gestern bekannt, dass es bei einer US-Tochter von Fresenius Medical Care (FMC) zu einem Cyber-Sicherheitsvorfall gekommen ist. Ein Eindringling habe Daten gestohlen, teilte FMC mit. Eine Untersuchung sei eingeleitet worden. (Apa/dpa)

Als Immobilien kaum

Immobilien. Ist Wohneigentum heute besser leistbar trotz der hohen Zinsen oder hatten es Oma und Opa doch viel einfacher?

VON MADLEN STOTTMEYER

Wien. Bei Gesprächen darüber, welche Generation es schwerer hatte, können die Emotionen hochkochen – besonders in Familien. Jene, die sich noch an mitunter zweistellige Kreditzinsen in früheren Jahrzehnten erinnern, weisen wahrscheinlich darauf hin, dass man damals auch für seine eigenen vier Wände sparen musste.

Die Enkel wiederum könnten etwa argumentieren, dass sie laut dem IWF 40 Prozent weniger Vermögen besitzen als ihre Eltern im selben Alter. Mit den gestiegenen Kreditzinsen können sich immer weniger Menschen ein Haus oder eine Wohnung leisten.

Im Jahr 2021 hatte ein Wiener Haushalt bei kreditfinanziertem Eigentumserwerb noch 39 Prozent des Netto-Haushaltseinkommens für den monatlichen Schuldendienst zu schultern. Eine Zinswende später müsste ein Haushalt beim Kauf einer Wiener Wohnung im Jahr 2023 weit mehr als die Hälfte seines Einkommens für die Kreditraten einplanen. Voreilig könnte man hier den Schluss ziehen, früher sei alles besser und Wohneigentum erschwinglicher gewesen.

Doch wer noch neuen Zündstoff für das nächste Familientreffen braucht, den wird die aktuelle Analyse der Raiffeisen Bank International (RBI) interessieren. Diese liefert Überraschungen. Um zu bestimmen, ob Wohnraum früher leistbarer war oder nicht, wird hier der Dreiklang aus Zinsen, Immobilienpreisen und Einkommen in Wien betrachtet, da Immobilienpreise für ganz Österreich ab 2000 verfügbar sind.

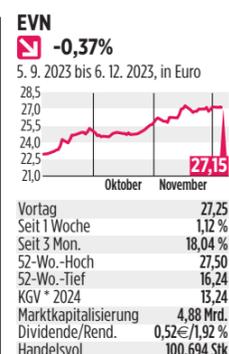
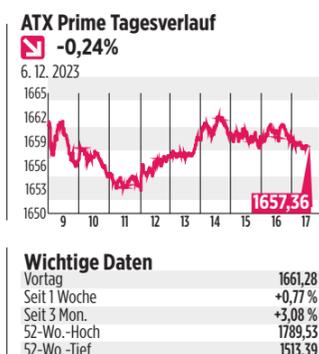
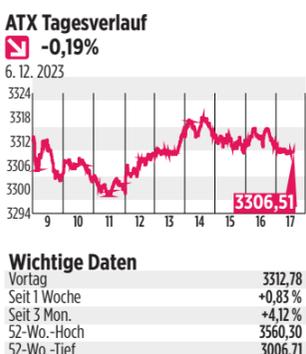
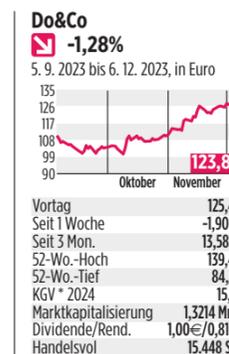
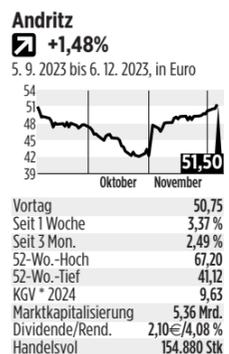
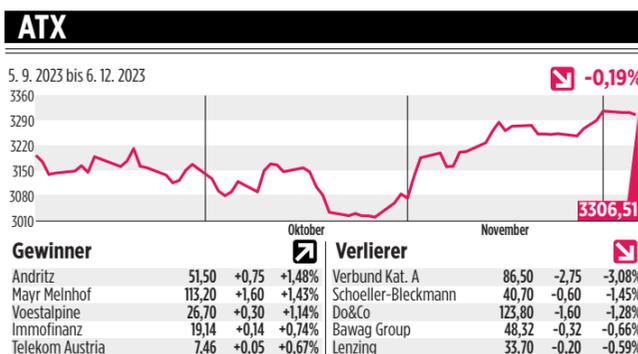
Tatsächlich mussten Haushalte beim Eigentumskauf auf Kredit bis Anfang der 1990er-Jahre mit Zinsen von etwa zehn Prozent kalkulieren – was die 3,9 Prozent im September 2023 (insgesamt, also fix und variabel) geradezu niedrig erscheinen lässt. Allerdings beliefen sich die Kaufpreise vor 1990 nur auf einen Bruchteil dessen, was Käufer derzeit aufbringen müssen – nämlich 21 Prozent. (1990 zahlte man 1208 Euro pro m². Im Jahr 2022 wa-



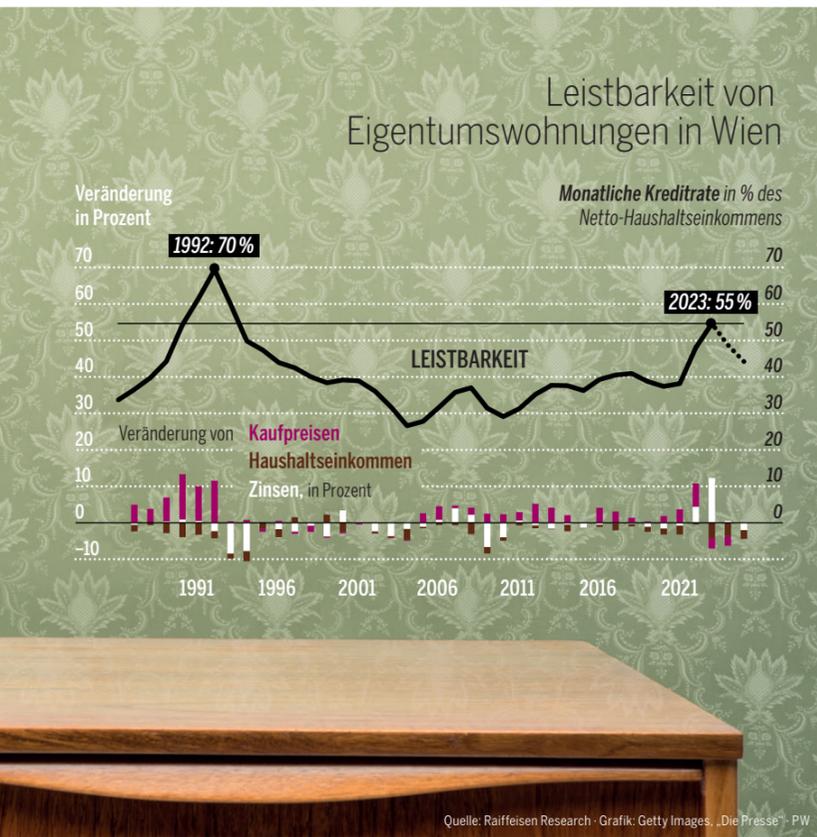
ren es schon 5550 je m².) Doch nicht nur die Immobilienpreise, sondern auch die Haushaltseinkommen sind seitdem merklich angestiegen. Ein Wiener Haushalt hatte demnach 2022 ein fast einhalbmal höheres nominales Einkommen zur Verfügung als im Jahr 1990.

Die Wende machte Wien teuer

„Der kreditfinanzierte Eigentumserwerb in der Bundeshauptstadt ist derzeit so herausfordernd wie seit knapp 30 Jahren nicht mehr, genauer gesagt ähnlich schwierig wie zuletzt 1993 und 1994“, sagte Matthias Reith, Analyst der RBI, zur „Presse“. Doch der historische Tiefpunkt liegt noch weiter zurück, wie ein Blick in der Zeit um den Fall des Eisernen Vorhangs zeigt. Von Ende der 1980er bis 1992 verdoppelten sich die Quadratmeterpreise. „Wien rückte vom Rand ins Zentrum Europas, die geplante, dann abgesagte Weltausstellung gemeinsam mit Budapest tat ihr Übriges“, so Reith. „Klar ist, dass da die Einkommen nicht mithalten konnten.“ Die Folge: Während 1986 ein Drittel eines Haushaltseinkommens für den Erwerb einer Wohnung ausreichend war, mussten Käufer 1992 nicht weniger als 70 Prozent des Einkommens für die monatlichen Schulden aufwenden – also deutlich mehr als heuer.



Leistbar waren



Allerdings war die notwendige Eigenleistung (also zehn Prozent des Kaufpreises plus zehn Prozent Nebenkosten) mit etwa eineinhalb Jahreshaushaltseinkommen niedriger als 2022 (2,5 Jahreseinkommen). „Heutzutage muss deutlich länger angespart werden als Mitte der 80er“, sagt der RBI-Analyst Fabian Blasch. Dass Sparszinsen früher wesentlich höher waren, sei hier noch gar nicht berücksichtigt.

Leistbarkeit in der Zukunft

Das blieb nicht lang so. Während Hypothekenzinsen 1991 noch bei 10,4 Prozent lagen, markierte das Folgejahr den Beginn eines drei Jahrzehnte andauernden Zinsrückgangs. Bereits 1994 mussten Kreditnehmer nur mehr mit sieben Prozent kalkulieren, 1999 waren es fünf Prozent. Daher verringerten sich die monatlichen Kreditbeträge bis Mitte der Nullerjahre auf knapp unter 30 Prozent des Haushaltseinkommens. Während das Preisniveau der frühen 90er für damalige Verhältnisse kaum erschwinglich war, erschienen dieselben Preise nach vielen Jahren sinkender Zinsen und steigender Einkommen Mitte der Nullerjahre auf einmal durchaus leistbar.

Was erwartet die nächste Generation? „Die Erschwinglichkeit von Wohneigentum wird sich in den nächsten Jahren moderat verbes-

sern“, sagte Reith. Jedoch sollten die Niveaus der Jahre bis einschließlich 2021 vorerst außer Reichweite bleiben. Denn für 2024 und 2025 zeichnet sich derzeit zwar ein moderater Zinsrückgang ab, eine Rückkehr zu Negativzinsen ist gleichwohl nicht zu erwarten.

Höhere Ansprüche

„In Wien war die Leistbarkeit Anfang der 1990er noch angespannter als heute“, sagte Reith. Anders als damals seien es nun jedoch nicht deutlich sinkende Kreditzinsen, sondern merkliche Einkommenszuwächse, die für eine gewisse Entspannung sorgen werden. Zwar belastet die hohe Inflation die Haushalte, jedoch dürften die nominalen Einkommen heuer, nächstes und übernächstes Jahr um in Summe 21 Prozent steigen. Teurere Kredite lassen sich dann leichter schultern.

Zur Wahrheit der Debatte gehört aber auch, dass die jüngere Generation einfach mehr will. Eine durchschnittliche selbst genutzte Eigentumswohnung ist seit 2000 um neun m² größer geworden (von 79 m² auf 88 m²). Mehr Wohnfläche bedeutet höherer Preis. Würden sich die Haushalte mit der Fläche des Jahres 2000 begnügen, wäre Eigentum um elf Prozent günstiger zu haben. Leistbarkeit ist damit auch eine Frage der Ansprüche.

Tourismus. Der seit der Coronazeit angezählte Konzern strotzt wieder vor Stärke. Er traut sich mehr Gewinn und Wachstum zu.

TUI ist zurück - und die Aktie hebt ab

Wien. Der Reisekonzern TUI hat in dem bis September laufenden Geschäftsjahr 2022/23 dank einer starken Sommersaison einen Rekordumsatz erreicht und den operativen Gewinn mehr als verdoppelt. Das bereinigte Betriebsergebnis (Ebit) belief sich auf 977 Millionen Euro, wobei das saisonal wichtigste Schlussquartal im Sommer allein 1,2 Milliarden Euro abwarf. Vor der Corona-Pandemie 2019 hatte der Konzern mehr als eine Milliarde Euro Betriebsgewinn im Jahr erzielt - ein Niveau, das TUI für 2024 anstrebt. Der Umsatz stieg um 25 Prozent auf ein Rekordhoch von 20,7 Milliarden Euro. „Guter Etappenerfolg, aber die Arbeit geht weiter: unser Ziel bleibt, mit TUI in allen Segmenten profitabler, effizienter und stärker zu werden“, erklärte TUI-Chef Sebastian Ebel gestern.

Die Aktie schoss bis zum Nachmittag um mehr als 15 Prozent auf über 6,8 Euro hoch. Damit setzt sich der Turnaround fort, auf dessen Bestehen die „Presse“ in ihrer Aktienbesprechung „Lets make money“ am 23. September beim Kurs von 5,6 Euro hingewiesen hat. Zuvor war das Papier ein Trauerspiel gewesen. Auf Sicht von fünf Jahren hat es 80 Prozent seines Wertes verloren.

Ambitionierter Ausblick

Der weltweit größte Anbieter von Pauschalreisen zählte rund 19 Millionen Kunden nach 16,7 Millionen im Vorjahr - der Bestwert lag bei 21 Millionen im Jahr 2019. Für das kommende Jahr ist das Unternehmen zuversichtlich: Der Umsatz soll mindestens um zehn Prozent zulegen, das Ebit um mindestens 25 Prozent wachsen. „Unsere strategischen Initiativen zur Wertsteigerung und die aktuelle Buchungsentwicklung lassen ein weiter verbessertes Jahr 2024 erwarten“, sagte Ebel. Erstmals seit der Corona-Krise wagt TUI damit früh im Jahr einen ambitio-

nierten Ausblick.

Die Inflation habe TUI-Kunden nicht vom Reisen abgehalten, denn der Reisekonzern habe seinen Schwerpunkt im hochpreisigen Angebot, wo die Nachfrage robust sei. „Im unteren Marktsegment ist der Markt schwieriger geworden“, sagte Ebel. Nach kräftigem Anstieg normalisierten sich die Preise wieder. Die Durchschnittspreise in der Wintersaison seien fünf Prozent höher als im Vorjahr, die Buchungen bereits elf Prozent höher. Der Ausbruch des Krieges in Israel gegen die radikal-islamische Hamas im Oktober habe die Buchungen für das Nachbarland Ägypten, ein beliebtes Reiseziel im Winter, rund sechs Wochen gedämpft. Die Delle in der Nachfrage werde derzeit ausgegült.

Verschuldung bleibt eine Last

Vom Sommerprogramm ist erst ein kleiner Teil verkauft. „Erste Anzeichen deuten auf eine starke Saison hin“, erklärte TUI. Die Buchungen lägen bei vier Prozent höheren Preisen 13 Prozent über dem Vorjahresstand. Wachstum verspricht sich TUI von einer einheitlichen Buchungsplattform, die das Angebot von Reisen und Tickets für Ausflüge oder Veranstaltungen verzahnt. Verbraucher sollen über die TUI-App stärker umworben werden.

Unter dem Strich verdiente das börsennotierte Unternehmen 456 Millionen Euro. Im Vorjahr hatte TUI 213 Millionen Euro Verlust gemacht, da bis zum Frühsommer Corona-Reisebeschränkungen das Geschäft noch belastet hatten. Dank des kräftigen Wachstums konnte TUI seine Nettoverschuldung von 3,4 auf 2,1 Milliarden Euro reduzieren. Hier habe das Unternehmen noch eine Wegstrecke vor sich, sagte Ebel. Das sei vorerst wichtiger als über Rekorde beim operativen Ergebnis zu jubeln. (Reuters/est)

BÖRSENREPORT

Schwache Daten vom US-Arbeitsmarkt

Der Markt erwartet eine erste Zinssenkung in den USA bereits im März.

Die Börsen fanden am Mittwoch zunächst keine klare Richtung. Von der Konjunktur kamen ambivalente Nachrichten. Die US-Privatwirtschaft schuf im November weniger Stellen als erwartet. Im Vergleich zum Vormonat stieg die Beschäftigung um 103.000 Stellen, wie der Arbeitsmarktdienstleister ADP mitteilte. Analysten hatten mit 130.000 gerechnet. Im Vormonat hatte der Beschäftigungsaufbau 106.000 Stellen betragen. Die Abschwächung am Arbeitsmarkt dürfte der Notenbank bei der Inflationsbekämpfung entgegenkommen.

Sollte der Arbeitslosenbericht am Freitag ebenfalls einen Rückgang des Beschäftigungswachstums zeigen oder einen Anstieg der Arbeitslosenquote, wäre es einfacher, Zinssenkungen zu rechtfertigen, schrieben die Strategen von UBS Global Wealth Management. Sie warnten aber, dass „die Märkte zu weit gegangen sind, eine schnelle Serie von Zinssenkungen einzupreisen“. Eine erste Senkung wird im Frühjahr 2024 erwartet.

Unter den Einzelwerten stand der Ölkonzern Exxon-Mobil im Blick. Neben einer Steigerung der Ergebnisse und des Mittelzuflusses will der US-Konzern in den kommenden Jahren deutlich mehr Geld in Aktienrückkäufe stecken. Die Aktie stieg vorbörslich leicht. PayPal fiel hingegen. Die Bank of America strich ihre Kaufempfehlung für den Zahlungsdienstleister und kappte das Kursziel von 77 auf 66 US-Dollar. Das neue Management müsse am Markt Glaubwürdigkeit erlangen und die Umsatzkennzahlen verbessern.

Ich dadat günstiger traden.

Mehr auf dad.at/depot

Bitte beachten Sie: Eine Veranlagung in Finanzinstrumenten kann zu erheblichen Verlusten führen.

DADAT

DADAT - Eine Marke der Schethammer Capital Bank AG
MARKETINGMITTEILUNG

Österr. Post



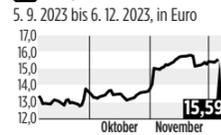
Vortag	31,60
Seit 1 Woche	-0,47 %
Seit 3 Mon.	-0,16 %
52-Wo.-Hoch	36,25
52-Wo.-Tief	28,55
KGV * 2024	17,64
Marktkapitalisierung	2.1448 Mrd.
Dividende/Rend.	1,75€/5,51 %
Handelsvol	70.686 Stk

OMV



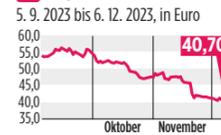
Vortag	38,74
Seit 1 Woche	-2,01 %
Seit 3 Mon.	-15,63 %
52-Wo.-Hoch	50,30
52-Wo.-Tief	37,21
KGV * 2024	4,82
Marktkapitalisierung	12,63 Mrd.
Dividende/Rend.	5,05€/13,09 %
Handelsvol	647.714 Stk

Raiffeisen Bk. Internat.



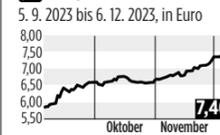
Vortag	15,50
Seit 1 Woche	1,17 %
Seit 3 Mon.	17,93 %
52-Wo.-Hoch	17,33
52-Wo.-Tief	12,65
KGV * 2024	3,80
Marktkapitalisierung	5,13 Mrd.
Dividende/Rend.	0,80€/5,13 %
Handelsvol	421.916 Stk

Schoeller-Bleckmann



Vortag	41,30
Seit 1 Woche	-1,93 %
Seit 3 Mon.	-24,21 %
52-Wo.-Hoch	72,10
52-Wo.-Tief	40,00
KGV * 2024	7,04
Marktkapitalisierung	0,6512 Mrd.
Dividende/Rend.	2,00€/4,91 %
Handelsvol	67.458 Stk

Telekom Austria



Vortag	7,41
Seit 1 Woche	3,76 %
Seit 3 Mon.	27,07 %
52-Wo.-Hoch	7,53
52-Wo.-Tief	4,74
KGV * 2024	7,46
Marktkapitalisierung	4,96 Mrd.
Dividende/Rend.	0,27€/3,60 %
Handelsvol	278.512 Stk

Internationale Börsenindizes

DAX



Gewinner	Verlierer
Volkswagen Vz. +5,36	Merck -13,09
Sartorius Vz. +3,18	Hann. Rück. -1,27
Porsche Autom. +3,10	Münchn. Rück. -0,38
Infineon +2,51	Rheinmetall -0,35
Daimler Truck +2,30	Zalando SE -0,27

TecDAX



Gewinner	Verlierer
Carl Zeiss Med +6,32	MorphoSys -6,50
Aixtron +3,49	Verbio -2,65
Sartorius Vz +3,18	Hensoldt -2,07
Evotec +2,65	Nordex -1,38
Infineon +2,51	Siltronic -1,26

UNIQA Insurance Group



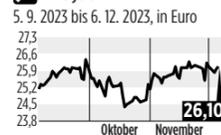
Vortag	7,60
Seit 1 Woche	-0,66 %
Seit 3 Mon.	0,80 %
52-Wo.-Hoch	8,37
52-Wo.-Tief	6,63
KGV * 2024	6,89
Marktkapitalisierung	2.3422 Mrd.
Dividende/Rend.	0,55€/7,26 %
Handelsvol	184.374 Stk

Verbund Kat. A



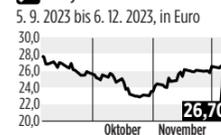
Vortag	89,25
Seit 1 Woche	2,13 %
Seit 3 Mon.	17,45 %
52-Wo.-Hoch	89,40
52-Wo.-Tief	66,45
KGV * 2024	13,21
Marktkapitalisierung	14,73 Mrd.
Dividende/Rend.	3,60€/4,16 %
Handelsvol	245.084 Stk

Vienna Insurance Gr.



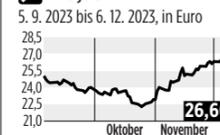
Vortag	26,00
Seit 1 Woche	2,35 %
Seit 3 Mon.	2,96 %
52-Wo.-Hoch	27,40
52-Wo.-Tief	21,35
KGV * 2024	7,15
Marktkapitalisierung	3,34 Mrd.
Dividende/Rend.	1,30€/4,98 %
Handelsvol	86.660 Stk

Voestalpine



Vortag	26,40
Seit 1 Woche	2,53 %
Seit 3 Mon.	-3,68 %
52-Wo.-Hoch	36,30
52-Wo.-Tief	22,76
KGV * 2024	8,34
Marktkapitalisierung	4,77 Mrd.
Dividende/Rend.	1,50€/5,62 %
Handelsvol	273.198 Stk

Wienerberger



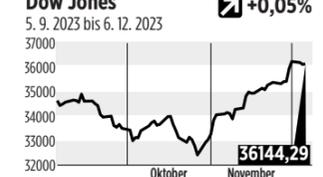
Vortag	26,56
Seit 1 Woche	1,06 %
Seit 3 Mon.	7,67 %
52-Wo.-Hoch	30,16
52-Wo.-Tief	21,96
KGV * 2024	8,05
Marktkapitalisierung	2.9788 Mrd.
Dividende/Rend.	0,90€/3,38 %
Handelsvol	368.646 Stk

EuroStoxx50



Gewinner	Verlierer
Volkswagen Vz. +5,36	TotalEnerg. -1,45
Stellantis +3,53	Inditex -0,86
Flutter Ent. +3,13	Pernod-Ricard -0,53
Safran +2,77	Nordea -0,45
Infineon +2,51	Enel -0,44

Dow Jones



Gewinner	Verlierer
Walgreens +4,05	Wal Mart -1,16
Boeing +1,73	Amer. Express -1,10
Walt Disney +1,48	Johnson&Johns. -1,05
3M Company +1,16	Microsoft -0,86
Caterpillar +1,07	McDonalds -0,61